

Staatsrätlicher Entwurf

der

Verfassungs-Revision

vom 26. November 1875



Sitten

Buchdruckerei Kleindienst & Schmid

1905

PA
5128


Médiathèque VS Mediathek



1010807604

PA 5128

Entwurf der Verfassungs-Revision

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Im Namen Gottes, des Allmächtigen!</p> <p>I. Titel</p> <p>Allgemeine Grundsätze</p> <p>Art. 1. — Wallis bildet eine, innerer den Schranken der Bundesverfassung, souveräne und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibte Republik.</p> <p>Die Souveränität beruht im Volke.</p> <p>Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische.</p> <p>Art. 2. — Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion.</p> <p>Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind innerer den, mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten vereinbaren Schranken, gewährleistet.</p> <p>Art. 3. — Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich.</p> <p>Es giebt im Wallis kein Vorrecht des Ortes, der Geburt, der Personen oder der Familie.</p>	<p>Im Namen Gottes, des Allmächtigen!</p> <p>I. Titel</p> <p>Allgemeine Grundsätze</p> <p>Art. 1. — Die beiden ersten Absätze unverändert.</p> <p>Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische, unter Vorbehalt der unmittelbar dem Volke eingeräumten Rechte.</p> <p>Art. 2. — Keine Abänderung.</p>  <p>Art. 3. — Keine Abänderung.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 4. — Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.</p>	<p>Art. 4. — Keine Abänderung.</p>
<p>Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet, und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, außer in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen, und in den von demselben vorgeschriebenen Formen.</p>	
<p>Art. 5. — Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.</p>	<p>Art. 5. — Beibehalten.</p>
<p>Art. 6. — Das Eigentum ist unverletzbar.</p>	<p>Art. 6. — Beibehalten.</p>
<p>Von diesem Grundsatz kann nur zum Zwecke öffentlichen Nutzens, oder in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen und gegen eine gerechte und vorläufige Entschädigung abgewichen werden.</p>	
<p>Das Gesetz kann jedoch Fälle bestimmen, in welchen Grund und Boden der Burgerschaften oder Gemeinden, zum Zweck öffentlichen Nutzens, unentgeltlich abzutreten ist.</p>	
<p>Art. 7. — Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Bodenzins belastet werden.</p>	<p>Art. 7. — Beibehalten.</p>
<p>Art. 8. — Die Presse ist frei.</p>	<p>Art. 8. — Beibehalten.</p>
<p>Das Strafgesetz bestraft den Mißbrauch derselben.</p>	
<p>Art. 9. — Das Petitionsrecht ist gewährleistet.</p>	<p>Art. 9. — Beibehalten.</p>
<p>Die Ausübung desselben wird vom Gesetze bestimmt.</p>	

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 10. — Das Recht der freien Niederlassung, das Vereins- und das Versammlungsrecht, die Handels-, Gewerbs- und Kunstfreiheit sind gewährleistet.</p> <p>Die Ausübung dieser Rechte wird, innert den Schranken der Bundesverfassung, durch das Gesetz geregelt.</p> <p>Art. 11. — Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.</p> <p>Der Primarunterricht ist obligatorisch und unentgeltlich.</p> <p>Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen, gewährleistet.</p>	<p>Art. 10. — Beibehalten.</p> <p>Art. 11. — Jeder Bürger ist verpflichtet.</p> <p>Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.</p> <p>Art. 12. — Die französische und die deutsche Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.</p> <p>Art. 13. — Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates. Dasselbe gilt auch für den privaten Primarunterricht.</p> <p>Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.</p> <p>Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.</p> <p>Art. 14. — Der Staat fördert und schützt den beruflichen Unterricht für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe.</p> <p>Art. 15. — Der Staat schützt die Landwirtschaft, das Gewerbe und den Handel und im Allgemeinen alle den Kanton interessierenden Zweige der Staatswirtschaft.</p> <p>Art. 16. — Der Staat unterstützt, nach Maßgabe der ihm zu Gebote</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 12. — Jeder Bürger ist wehrpflichtig. Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.</p> <p>Art. 13. — Jeder öffentliche Beamte ist für seine Amtsführung verantwortlich.</p>	<p>stehenden Mitteln, die Viehzucht, die Milchwirtschaft, den Rebbaup, den Obstbau, die Bodenverbesserungen und die Forstwirtschaft.</p> <p>Art. 17. — Der Staat organisiert die Viehversicherung. Er kann die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen und organisieren.</p> <p>Art. 18. — Der Staat fördert die Entwicklung des Straßennetzes und die übrigen Verkehrsmittel.</p> <p>Art. 19. — Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Wohltätigkeitsanstalten und Erziehungsanstalten für arme Kinder. Er kann Privatanstalten fördern, deren rettender oder wohltätiger Zweck mit demjenigen der öffentlichen Armenpflege zusammenfällt.</p> <p>Art. 20. — Der Staat kann eine kantonale chirurgische Klinik gründen und die Errichtung von Bezirks- oder Kreisspitälern und Krankenhäusern fördern.</p> <p>Art. 21. — Die finanzielle Beteiligung des Staates in den von den Art. 15, 16, 17, 18, 19 und 20 vorgesehenen Fällen, wird durch Spezialgesetze bestimmt.</p> <p>Beibehalten. (Siehe Art. 11.)</p> <p>Art. 22. — Beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Jede mit dem Einzug von öffentlichen Geldern betraute Person ist gehalten, vor ihrem Amtsantritt eine Bürgschaft zu leisten, deren Betrag durch ein Gesetz bestimmt wird.</p> <p>Art. 14. — Die Staatsausgaben werden bestritten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen; b) aus dem Ertrag der Regalien und der Fiskalgebühren; c) aus den Bundesentschädigungen; d) aus den Steuern. <p>Art. 15. — Jede Schlußnahme des Großen Rates, welche eine außerordentliche Ausgabe von 60 000 Franken, oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20 000 Franken zur Folge hat, muß der Volksabstimmung unterbreitet werden, wenn die Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlags nicht gedeckt werden können.</p> <p>Die Abstimmung findet statt, in Gemäßheit der von dem Gesetze aufgestellten Formen und innert der 50 Tage, welche auf die Bekanntmachung des erlassenen Beschlusses folgen.</p> <p>Art. 16. — Der Steuerfuß auf Kapital und Einkommen ist zu anderthalb durch Tausend festgesetzt, wovon wenigstens ein Halbes durch Tausend zur Tilgung der Staatsschuld verwendet werden soll.</p>	<p>Art. 23. — Die Staatsausgaben werden bestritten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen; b) aus dem Ertrag der Regalien; c) aus den Fiskalgebühren und den verschiedenen Einkünften; d) aus den Bundes-Entschädigungen, Beiträgen und Verteilungen; e) aus den Steuern; <p>(In Art. 30, 4^o herübergenommen.)</p> <p>Art. 24. — Beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 17. — Die Tilgung der Staatsschuld, mittelst regelmäßiger jährlicher Abschlagszahlungen, ist obligatorisch erklärt. Es wird darüber eine besondere Rechnung geführt.</p>	<p>Art. 25. — Beibehalten.</p>
<p>Diese Amortisation erfolgt durch den Betrag der aus der Konkursmasse der Kantonalbank eingelaufenen Kapitalien und durch den angeführten Steuerbezug von einem Halben auf das Tausend.</p>	<p>Dieser Absatz fällt weg.</p>
<p>Art. 18. — Sollte sich bei der Beratung über den Voranschlag des Jahres 1878, beziehungsweise im Wintermonat 1877, der Steuerfuß von andert-halb auf Tausend als durchaus ungenügend ergeben, um die ordentlichen Ausgaben der Verwaltung und die verordneten Abschlags-Zahlungen der Staatsschuld zu decken, so kann dieser Steuerfuß erhöht werden, ohne jedoch Zwei durch Tausend zu überschreiten.</p>	<p>Fällt weg.</p>
<p>Art 19. — Jede andere Erhöhung des Steuerfußes auf Kapital und Einkommen ist nur dann statthaft, wenn das Volk eine solche in den Fällen des vorstehenden Artikels 15 selbst genehmigt, oder dieselbe, zufolge außerordentlicher von der Eidgenossenschaft dem Kanton überwältzter Auflagen, nötig geworden.</p>	<p>(Siehe Art. 23, Ziffer 5).</p>
<p>Art. 20. — Die deutsche und die französische Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.</p>	<p>Bildet Art. 12.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 24. — Die Fremden können vor Erwerbung des Kantonsbürgerrechts nicht definitiv als Bürger einer Gemeinde aufgenommen werden.</p> <p>Art. 25. — Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in einer andern Gemeinde das Bürgerrecht erwerben.</p>	<p>tons ihm das Bürgerrecht zusichert, und die übrigen durch das Gesetz über die Erteilung des Kantonsbürgerrechtes vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen.</p> <p>Kein Kantonsfremder kann ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erwerben, ohne vorher vom Großen Räte das Kantonsbürgerrecht erhalten zu haben.</p> <p>Art. 29. — Beibehalten.</p> <p>IV. Titel</p> <p>Ansübung der Volksrechte</p> <p>Art. 30. — Der Volksabstimmung unterliegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der Verfassung; 2. Die Konfordate, Abkommen, Verträge, soweit sie in der Zuständigkeit der Kantone liegen; 3. Die vom Großen Räte ausgearbeiteten Gesetze und Dekrete. <p>Ausgenommen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) die Dekrete dringlicher Natur und von nicht allgemeiner und bleibender Tragweite; b) die gesetzgeberischen Erlasse, die zur Vollziehung der Bundesgesetze notwendig sind; 4. jede Schlußnahme des Großen Rates, welche eine außerordent-

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
	<p>liche Ausgabe von 60 000 Franken oder während drei Jahren eine durchschnittliche Ausgabe von 20 000 Franken zur Folge hat, wenn diese Ausgaben aus dem Betrag der gewöhnlichen Einnahmen des Voranschlags nicht gedeckt werden können ;</p> <p>5. jede Erhöhung der im Art. 27 festgesetzten Kapital- und Einkommen-Steuer, insofern dieselbe nicht durch die außerordentlichen Beiträge, welche die Eidgenossenschaft in Gemäßheit des Art. 42 der Bundesverfassung den Kantonen auferlegen kann, notwendig geworden ist.</p> <p>Art. 31. — Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) den Erlaß eines neuen oder die Abänderung eines wenigstens seit vier Jahren zu Kraft bestehenden Gesetzes verlangen.</p> <p>In gleicher Weise kann das Volk ebenso einen ausgearbeiteten Gesetzes-Entwurf vorlegen.</p> <p>Im einen wie im andern Falle muß das Begehren in der im Art. 106 vorgesehenen Form durch die Unterschrift von fünftausend stimmberechtigten Bürgern unterstügt werden.</p> <p>Art. 32. — Wenn ein solches Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt wird und der Große Rat mit demselben einverstanden ist, so hat er die Revision im Sinne der Initianten auszuarbeiten und das neue oder abgeänderte Gesetz dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
	<p>Stimmt dagegen der Große Rat dem Begehren nicht zu, so ist dasselbe dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Der Große Rat kann seinen Beschluß vor dem Volke begründen.</p> <p>Sofern die Mehrheit der stimmenden Bürger sich bejahend ausspricht, so hat der Große Rat in der im ersten Absätze des gegenwärtigen Artikels vorzeichneten Weise vorzugehen.</p> <p>Art. 33. — Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt und stimmt der Große Rat demselben zu, so ist der Entwurf in dieser Fassung dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Große Rat einen eigenen Entwurf ausarbeiten oder dem Volke kurzweg die Verwerfung des Vorschlages beantragen.</p> <p>Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.</p> <p>Art. 34. — In der Regel bestimmt der Staatsrat alljährlich im Laufe des Monats Dezember einen Tag, an welchem das Volk sich gleichzeitig über die vom Großen Räte erlassenen oder von der Volksinitiative ausgehenden Gesetze und Dekrete auszusprechen hat.</p>
<p>IV. Titel</p> <p>Öffentliche Gewalten</p> <p>Art. 26. — Die öffentlichen Gewalten sind:</p> <p>Die gesetzgebende Gewalt;</p>	<p>V. Titel</p> <p>Öffentliche Gewalten</p> <p>Art. 35. — Beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Die vollziehende und verwaltende Gewalt;</p>	
<p>Die richterliche Gewalt.</p>	
<p>I. Kapitel</p>	<p>I. Kapitel</p>
<p>Gesetzgebende Gewalt</p>	<p>Gesetzgebende Gewalt</p>
<p>Art. 27. — Die gesetzgebende Gewalt wird vom Großen Räte ausgeübt.</p>	<p>Art. 36. — Unter Vorbehalt der durch die Art. 30 und folgenden dem Volke eingeräumten Rechte, wird die gesetzgebende Gewalt vom Großen Räte ausgeübt.</p>
<p>Art. 28. — Der Große Rat versammelt sich von rechtswegen ordentlicher Weise am dritten Montag Mai und am dritten Montag November.</p>	<p>Art. 37. — Erster Absatz beibehalten.</p>
<p>Außerordentlicher Weise tritt er, vom Staatsrat auf dessen Initiative, oder auf das schriftliche und motivierte Begehren von 20 Abgeordneten einberufen, zusammen.</p>	<p>Außerordentlicher Weise tritt er zusammen:</p>
	<ul style="list-style-type: none"> a) infolge eines Beschlusses des Großen Rates selbst; b) auf die Initiative des Staatsrates; c) auf das schriftliche und begründete Begehren von wenigstens 20 Abgeordneten.
<p>Art. 29. — Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höherer Wichtigkeit und Interesses jedoch kann dieselbe fortgesetzt werden. Der Große Rat berätet darüber.</p>	<p>Art. 38. — Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höhern Interesses jedoch kann dieselbe verlängert werden. Der Große Rat berätet darüber.</p>
<p>Art. 30. — Die Sitzungen des Großen Rates sind öffentlich. Wenn es die Umstände erfordern, so beschließt er geheime Sitzung.</p>	<p>Art. 39. — Die Sitzungen des Großen Rates sind öffentliche. Wenn die Umstände dies erheischen, kann jedoch geheime Verhandlung beschlossen werden.</p>
<p>Art. 31. — Die Beschlüsse des Großen Rates werden durch die absolute Stimmenmehrheit gefaßt.</p>	<p>Art. 40. — Erster Absatz beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Er darf nur insofern ratschlagen, als die anwesenden Abgeordneten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.</p> <p>Art. 32. — Der Große Rat ernannt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vizepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.</p> <p>Art. 33. — Der Große Rat wählt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode den Staatsrat und das Appellationsgericht des Kantons.</p> <p>Art. 34. — Dem Großen Rats stehen folgende Amtsbefugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt allein über die Gültigkeit ihrer Wahl; 2. Er genehmigt, ändert oder verwirft die Gesetz- oder Dekrets-entwürfe; 3. Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus; 4. Er bewilligt das Kantonsbürgerrecht; 5. Er prüft die Amtsführung des Staatsrates und berätet über deren Genehmigung. <p>Er kann von ihm zu jeder Zeit über jeglichen Akt seiner</p>	<p>Abs. 2. Um gütlich verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit des Rates erforderlich.</p> <p>Art. 41. — Beibehalten.</p> <p>Art. 42. — Der Ausdruck „Appellationsgericht des Kantons“ wird ersetzt durch „Appellations- und Kassations-Gerichtshof“. Das Uebrige beibehalten.</p> <p>Art. 43. — Beibehalten bis auf nachstehende Abänderungen bei den betreffenden Paragraphen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beibehalten. 2. Er genehmigt, ändert oder verwirft die ihm vom Staatsrate unterbreiteten Gesetzes- oder Dekrets-entwürfe. Im Falle der Volksanregung (Initiative) geht er nach Maßgabe der Art. 32 und 33 vor. 3. Beibehalten. 4. Beibehalten. 5. Erster Absatz beibehalten. <p>Zweiter Absatz. Er kann zu jeder Zeit von der vollziehenden Gewalt über</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Verwaltung Rechenschaft verlangen;</p> <p>6. Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates, untersucht und schließt die Rechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest;</p> <p>Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht; das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart;</p> <p>7. Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukommt;</p> <p>8. Er wählt in jeder Session den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Staatsrates, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Appellationsgerichts;</p> <p>9. Er wählt alle zwei Jahre, in der Session, die Abgeordneten auf den Ständerat;</p> <p>10. Er ernennt auch, auf den Voranschlag des Staatsrates, die Offiziere, die einen höhern Rang als denjenigen eines Hauptmanns haben;</p> <p>11. Er schließt mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, innert den Schranken der Bundesverfassung;</p> <p>12. Er erteilt die Konzessionen und die Uebertragungen von Grubenrechten;</p> <p>13. Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten, und setzt die nötige Summe für die Angestellten des Staatsrates aus;</p>	<p>einen Akt ihrer Verwaltung Rechenschaft verlangen.</p> <p>6. Beibehalten.</p> <p>7. Beibehalten.</p> <p>8. Beibehalten mit Ersetzung des Ausdrucks „Appellationsgericht“ durch „Kassations-Gerichtshof“.</p> <p>9. Beibehalten.</p> <p>Fällt weg.</p> <p>10. Beibehalten und beizufügen: und unter Vorbehalt der Genehmigung durch das Volk;</p> <p>11. Er erteilt die Bergwerks-Konzessionen;</p> <p>12. Beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>14. Er erteilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung oder Verpfändung der Nationalgüter und zu den Staatsanlehen;</p> <p>15. Er übt die souveräne Gewalt in allem aus was die Verfassung nicht dem Volke vorbehält oder einer andern Gewalt überträgt.</p> <p>Art. 35. — Der Große Rat kann den Staatsrat einladen, ihm einen Gesetzes- oder Dekretsentswurf vorzubereiten, und die Frist zur Einbringung des verlangten Entwurfs bestimmen.</p> <p>Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so ist der Staatsrat gehalten, dasselbe noch während der Dauer der nämlichen Session vorzulegen.</p> <p>Art. 36. — Die Gesetzes- und Dekretsentswürfe werden in zwei Lesungen und in zwei ordentlichen Sessionen durchberaten.</p> <p>Wird die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so findet die zweite Lesung in der nämlichen Session statt.</p> <p>Art. 37. — Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verwaltungsbefehle gebunden werden.</p> <p>Art. 38. — Die Mitglieder des Großen Rats dürfen, ohne Ermächtigung dieses Körpers, während den Sessionen weder gerichtlich belangt noch verhaftet werden, ausgenommen bei Betretung auf frischer Tat.</p> <p>Art. 39. — Die Stelle eines Abgeordneten auf den Großen Rat ist un-</p>	<p>13. Beibehalten.</p> <p>14. Beibehalten.</p> <p>Art. 44. — Beibehalten.</p> <p>Art. 45. — Beibehalten.</p> <p>Art. 46. — Beibehalten.</p> <p>Art. 47. — Beibehalten.</p> <p>Art. 48. — Erster Absatz beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut**Wortlaut des Entwurfes**

vereinbar mit den Beamtungen und Anstellungen in den Bureau des Staatsrates.

Diese Bestimmung ist auch auf die Bezirkseinnnehmer anwendbar.

Art. 40. — Es können nicht gleichzeitig im Großen Räte sitzen: der Regierungstatthalter und der Unter-Regierungstatthalter; der Präsident und der Vizepräsident eines Kreisgerichtes; der Hypothekarverwahrer und dessen Stellvertreter; der Einregistrierungsbeamte und dessen Stellvertreter; der Civilstandsbeamte und dessen Stellvertreter.

Art. 41. — Für jede vor dem letzten Jahre der Amtsdauer ledig gewordene Stelle im Großen Räte ist binnen dreißig Tagen, von der Erledigung an gerechnet, eine neue Wahl anzuordnen.

II. Kapitel

Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 42. — Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrate anvertraut.

Zwei derselben werden aus dem Kantonsteile gewählt, welcher die gegenwärtigen Bezirke Goms, Brig, Visp, Naron, Leuf und Siders in sich faßt; einer aus jenem der Bezirke Sitten, Gring und Gundis; zwei aus demjenigen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey.

Zweiter Absatz. Die Unverträglichkeit ist auch auf die Bezirkseinnnehmer und die Betreibungs- und Konkursbeamten anwendbar.

Art. 49. — Es können sich ohne Ermächtigung der Oberbehörde nicht gleichzeitig von ihrem ständigen Anfuhaltsorte entfernen, noch zu gleicher Zeit im Großen Räte sitzen: der Regierungstatthalter und der Regierungstatthalter-Substitut, der Einleitungsrichter und sein Ersatzmann, der Hypothekenverwahrer und sein Vertreter, der Einregistrierungsbeamte und dessen Vertreter, der Civilstandsbeamte und sein Substitut.

Art. 50. — Jeder zeitweise freigeordnete Sitz im Großen Räte wird durch den ersten Ersatzmann im Range eingenommen.

II. Kapitel

Verwaltende und vollziehende Gewalt

Art. 51. — Beibehalten.

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 43. — Die Amtsbefugnisse des Staatsrates sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor; 2. Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erläßt zu diesem Behufe die notwendigen Beschlüsse; 3. Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung; 4. Er verfügt über die Wehrmannschaft des Kantons, innert den Schranken der Bundesverfassung und der Bundesgesetze. <p>Er hat die Mitglieder des Grossen Rates über die getroffenen Massregeln ohne Verzug in Kenntnis zu setzen, und wenn es die Umstände erheischen, den Grossen Rat einzuberufen.</p> <p>Dieser ist unverzüglich einzuberufen, wenn die aufgegebenen Truppen sechshundert Mann übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.</p> <p>Der Staatsrat kann nur vom Gesetze organisierte Truppen anbieten.</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen; 	<p>Art. 52. — Gänzlich beibehalten mit nachstehenden Zusätzen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. Er ernennt, mit Einschluß des Majors-Grades, sämtliche Offiziere der kantonalen Truppen-Einheiten;

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>6. Er wählt die Beamten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben nach deren Einvernahme vermittelst eines mit Gründen belegten Entscheides abberufen;</p> <p>7. Er überwacht die untergeordneten Behörden und erteilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;</p> <p>8. Erkann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern, seine Befehle zu vollziehen, in ihren Amtsverrichtungen einzustellen, muß aber dem Großen Räte in dessen nächster Session darüber Bericht erstatten.</p>	<p>Ziffer 6 wird 7.</p> <p>„ 7 „ 8.</p> <p>„ 8 „ 9.</p>
<p>Art. 44. — Der Staatsrat ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht darüber und übermittelt gleichzeitig dem Großen Räte ein vollständiges und umständliches Inventar des öffentlichen Vermögens.</p>	<p>10. Er bewilligt die Uebertragung von Bergwerk-Konzessionen.</p> <p>Art. 53. — Beibehalten.</p>
<p>Art. 45. — Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Stelle eines Abgeordneten auf den Großen Rat.</p> <p>Die Staatsräte nehmen Teil an den Verhandlungen des Großen Rates, haben aber dabei kein Stimmrecht.</p> <p>Die Amtsverrichtungen eines Staatsrates sind unvereinbar mit denen eines Verwaltungsrates einer Bank oder einer Eisenbahngesellschaft.</p>	<p>Art. 54. — Die Amtsverrichtungen des Staatsrates sind unvereinbar mit der Ausübung des Mandates eines Abgeordneten auf den Großen Rat.</p> <p>Zweiter Absatz beibehalten.</p> <p>Dritter Absatz. Dem Worte „Bank“ beizufügen das Wort „Privat“.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfs
<p>Art. 46. — Die Mitglieder des Staatsrates können keine andere Kantons- oder Gemeindestellung bekleiden.</p> <p>Die Ausübung eines freien Berufes ist ihnen ebenfalls untersagt.</p> <p>Art. 47. — In den eigenössigen Räten darf nicht mehr als ein Mitglied des Staatsrates sitzen.</p> <p>Art. 48. — Zur Erledigung der Geschäfte teilt sich der Staatsrat in Departemente.</p> <p>Ein vom Großen Räte genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und die Amtsverrichtungen derselben.</p> <p>Art. 49. — Die Regierung hat in jedem Bezirke für die Vollziehung der Gesetze und den Dienst der Verwaltung einen Vertreter unter dem Namen Regierungstatthalter und einen Stellvertreter desselben.</p>	<p>Art. 55. — Beibehalten.</p> <p>Art. 56. — Beibehalten.</p> <p>Art. 57. — Beibehalten.</p> <p>Art. 58. — Beibehalten, aber beizufügen:</p> <p>Die Amtsbefugnisse des Regierungstatthalters sind durch das Gesetz bestimmt.</p>
<p style="text-align: center;">III. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Richterliche Gewalt</p> <p>Art. 50. — Die richterliche Gewalt ist unabhängig. Kein Staatsangestellter, der vom Staatsrate abberufen werden kann, darf eine Richterstelle im Appellationsgericht oder im Kreisgericht bekleiden.</p> <p>Diese Bestimmung ist auf die Ersatzmänner nicht anwendbar.</p> <p>Art. 51. — Es besteht in jeder Gemeinde oder in jedem Amtsbezirke ein Richter und wenigstens ein Richterstatthalter.</p> <p>Durch Kreis ein Civil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;</p>	<p style="text-align: center;">III. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Richterliche Gewalt</p> <p>Art. 59. — Beibehalten.</p> <p>Zweiter Satz. „Appellationsgericht“ zu ersetzen durch „Appellationsgerichtshof“.</p> <p>Dritter Absatz beibehalten.</p> <p>Art. 60. — Im ersten Absatze das Wort „wenigstens“ wegzulassen; das Uebrige beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut**Wortlaut des Entwurfes**

Und für den Kanton ein Appellationsgericht und ein Kassationshof.

Art. 52. — Die Anzahl der Kreise, die Kompetenz der Richter und der Gerichte, die Wahl und der Befoldungsmodus, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den richterlichen und anderen Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz über die Gerichtsorganisation bestimmt.

Es können nur sieben Kreisgerichte bestehen.

Die Richter der Amtsbezirke oder der Gemeinden und deren Ersatzmänner werden durch die Wahlmänner des Amtsbezirkes oder der Gemeinde gewählt.

Die Abstimmung findet in jeder Gemeinde statt.

Bei der Bildung der Amtsbezirke wird auf die Bevölkerung und die topographische Lage der Gemeinden gebührende Rücksicht genommen.

Art. 53. — Es besteht ein Verwaltungsgericht, sowie ein Gerichtshof, der über Kompetenzstreitigkeiten zwischen der vollziehenden und der richterlichen Gewalt zu erkennen hat.

Dieses Gericht und dieser Gerichtshof werden durch eigene Gesetze organisiert.

Art. 61. — Beibehalten.

*Ich protestiere gegen die
Aussetzung des Art. 61*

Art. 62. — Beibehalten.

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p style="text-align: center;">V. Titel</p> <p style="text-align: center;">Bezirks- und Gemeindeverwaltung</p> <p style="text-align: center;">I. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Bezirksrat</p> <p>Art. 54. — Es besteht in jedem Bezirke ein auf vier Jahre gewählter Bezirksrat.</p> <p>Der Gemeinderat wählt die Abgeordneten auf denselben im Verhältnis von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.</p> <p>Der Bruch von hundert ein und fünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.</p> <p>Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, ernimmt wenigstens einen Abgeordneten.</p> <p style="text-align: center;">II. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Gemeindeverwaltung</p> <p>Art. 55. — Das Gesetz bestimmt die Organisation und die Amtsbefugnisse dieses Rates.</p>	<p style="text-align: center;">VI. Titel</p> <p style="text-align: center;">Bezirks- und Gemeindeverwaltung</p> <p style="text-align: center;">I. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Bezirksrat</p> <p>Art. 63. — Erster Absatz beibehalten.</p> <p>Der Gemeinderat wählt seine Delegierten auf denselben u. s. w. (Das Uebrige gleich wie nebenstehend.)</p> <p>Dritter Absatz beibehalten.</p> <p>Vierter Absatz beibehalten.</p> <p>Der Regierungsstatthalter oder dessen Substitut führt beim Bezirksrate den Vorsitz.</p> <p>Art. 64. — Der Bezirksrat überwacht die Interessen des Bezirkes, schließt dessen Rechnungen ab und verteilt die diesem zufallenden Lasten unter die Gemeinden.</p> <p>Er nimmt alljährlich Kenntnis von dem Berichte über die Finanzverwaltung des Staates.</p> <p>Art. 65. — Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weiteren Amtsbefugnisse dieses Rates.</p>
<p style="text-align: center;">II. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Gemeindeverwaltung</p> <p>Art. 56. — In jeder Gemeinde besteht:</p>	<p style="text-align: center;">II. Kapitel</p> <p style="text-align: center;">Gemeindeverwaltung</p> <p>Art. 66. — In jeder Gemeinde besteht:</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>1. Eine Urversammlung;</p> <p>2. Ein Gemeinderat (Municipalität);</p> <p>3. Eine Burgerversammlung.</p> <p>Wenn die Zahl von Nicht-Bürgern wenigstens die Hälfte der Urversammlung oder des Rates bildet, so ist die Burgerversammlung berechtigt, die Bildung eines getrennten Rates zu begehren.</p> <p>Art. 57. — Dasjenige Bürgervermögen, welches vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 2. Juni 1851 über die Gemeindeverwaltung eine öffentliche Bestimmung hatte, soll auch fernerhin diesem Zwecke entsprechend verwendet werden.</p> <p>Die Ausführung dieser Bestimmung wird durch das Gesetz geregelt.</p> <p>Art. 58. — Die Urversammlung besteht:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus den Bürgern; 2. Aus den durch die Bundesgesetzgebung zum Stimmen berechtigten Wallisern und Schweizern. <p>Art. 59. — Die Urversammlung ernimmt den Rat, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Gemeinde.</p> <p>Art. 60. — Die Burgerversammlung besteht ausschließlich aus Bürgern; sie ernimmt, eintretenden Falls, ihre Räte, deren Zahl sie festsetzt, den Präsidenten und den Vize-Präsidenten, und verfügt über die Aufnahme von neuen Bürgern.</p> <p>Art. 61. — Diese Versammlungen beraten, jede insoweit es sie betrifft, über die den Genuß ihres Vermögens</p>	<p>1. Eine Urversammlung;</p> <p>2. Ein Gemeinderat (Municipalität);</p> <p>3. Eine Burgerversammlung.</p> <p>Wenn die Zahl der Bürger den Drittel der Urversammlung bildet. (Das Uebrige beibehalten).</p> <p>Art. 67. — Dasjenige Bürgervermögen, welches vor der Organisation der Municipalgemeinde eine öffentliche Bestimmung hatte und das an die Municipalität übergegangen, ist durch das Gesetz vom 27. November 1877 bestimmt.</p> <p>Zweiter Absatz fällt weg.</p> <p>Art. 68. — Beibehalten.</p> <p>Art. 69. — Die Urversammlung ernimmt den Gemeinde- und eventuell den Generalrat, den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Gemeinde.</p> <p>Art. 70. — Beibehalten.</p> <p>Art. 71. — Beibehalten bis zum letzten Satz, welcher folgendermaßen abgeändert wird:</p>

Gegenwärtiger Wortlaut

oder die Polizei beschlagenden Reglemente und anderweitige Ortsverordnungen, mit Beziehung auf die Veräußerung und Verpfändung ihrer Güter, und über die Rechtshändel in Appel. Sie nehmen alljährlich Kenntniss von den Rechnungen und der Verwaltung des Rats.

Art. 62. — Der Gemeinderat besteht aus mindestens fünf und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Derselbe erläßt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und verteilt die öffentlichen Lasten.

Wortlaut des Entwurfes

Sie nehmen alljährlich Kenntniss von den Rechnungen und genehmigen den Kostenvoranschlag und die Verwaltung des Rates.

Art. 72. — Der Gemeinderat besteht aus mindestens drei und höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Er sorgt für die Gemeindeverwaltung im Allgemeinen; er erläßt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; er ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, schließt die Rechnungen ab und verteilt die öffentlichen Lasten.

Art. 73. — In Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 1000 Seelen kann die Urversammlung ihre Befugnisse einem Generalrate übertragen, der gleichzeitig mit dem Gemeinderate ernannt wird.

Art. 74. — Der Generalrat besteht in Gemeinden von unter 1500 Seelen Bevölkerung aus dreißig Mitgliedern und in volkreichern Gemeinden aus einem weitem Mitgliede auf je 150 Seelen.

Er besitzt zehn Ersatzmänner, die nach der Reihenfolge ihrer Ernennung eine allfällig ledig gewordene Stelle eines Mitgliedes einnehmen.

Art. 75. — Der Generalrat wird auf die Dauer von vier Jahren gewählt; er konstituiert sich selbst und ernennt alljährlich aus seiner Mitte seinen

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 63. — Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens neun Mitgliedern.</p> <p>Er überwacht die Interessen der Burgerschaft, verwaltet deren Güter, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuß des Burgervermögens vor, und erstattet alljährlich Rechenschaft über seine Verwaltung.</p> <p>Art. 64. — In den Ortschaften, wo kein Burgerrat besteht, besorgt der Gemeinderat dessen Amtsgeschäfte.</p> <p>Art. 65. — In den Gemeinden von 400 Stimmenden mit zerstreuter Bevölkerung, wo bereits Sektionen bestehen, können die Ur- und Burgerversammlung sektionsweise stimmen.</p> <p>Art. 66. — Die Organisation und die andern Befugnisse dieser verschiedenen Räte sind durch das Gesetz bestimmt.</p> <p>Art. 67. — Der Staatsrat übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.</p> <p>Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglemente unterliegen der Genehmigung des Staatsrates.</p> <p>Dieser interveniert jedes Mal, wenn von einem Beteiligten Klage erhoben wird.</p>	<p>Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär.</p> <p>Art. 76. — Der Generalrat ersezt die Urversammlung und übt deren Befugnisse aus mit Ausnahme der Abstimmungs- und Wahl-Geschäfte, welche das Gesetz der Urversammlung überträgt.</p> <p>Art. 77. — Der Burgerrat besteht aus mindestens drei und höchstens sieben Mitgliedern. (Das Uebrige beibehalten.)</p> <p>Art. 78. — Beibehalten.</p> <p>Art. 79. — Beibehalten.</p> <p>Art. 80. — Beibehalten.</p> <p>Art. 81. — Der Staatsrat übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.</p> <p>Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglemente unterliegen seiner Genehmigung.</p> <p>Er interveniert auch, wenn von einem oder mehreren Beteiligten Klage erhoben wird.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut

Art. 68. — Die Gemeinden und Burscherschaften sind gehalten, der Genehmigung des Staatsrates jede Schlußnahme zu unterbreiten, vermöge welcher der Verkauf, der Tausch oder die Teilung von Liegenschaften, die Veräußerung von Kapitalien oder die Aufnahme von Hypothekendarleihen angeordnet wird.

VI. Titel**Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter**

Art. 69. — Die Abgeordneten auf den Großen Rat und deren Ersatzmänner werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältnis von einem Abgeordneten und einem Ersatzmann auf 1000 Seelen Bevölkerung, gewählt.

Die Bruchzahl von 501 zählt für 1000.

Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahl geschieht bezirks- oder freisweise.

Die freisweise Wahl wird nur auf Begehren, einer oder mehrerer Gemeinden des nämlichen Bezirkes, welche die zu einem oder mehreren Gesandten erforderliche Volkszahl haben, stattfinden.

Wortlaut des Entwurfes

Art. 82. — Die Gemeinden und Burscherschaften sind gehalten, dem Staatsrate jede Schlußnahme zur Genehmigung zu unterbreiten, welche den Verkauf, den Tausch, die Teilung von Liegenschaften, die Veräußerung von Kapitalien, die Aufnahme von Anleihen und die Erteilung von Wasserkraft-Konzessionen oder deren Uebertragung zum Gegenstande hat.

VII. Titel**Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter**

Art. 83. — Die Abgeordneten auf den Großen Rat und deren Ersatzmänner werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältnisse von einem Abgeordneten und einem Ersatzmann auf je 1200 Seelen der Gesamtbevölkerung, gewählt.

Die Bruchzahl von 601 zählt für 1200.

Die Volksabstimmung findet in den Gemeinden statt.

Die Wahl erfolgt in der Regel nach Bezirk und ausnahmsweise nach Kreis.

Die freisweise Wahl findet nur auf Begehren einer oder mehrerer Gemeinden des gleichen Bezirkes statt, welche die erforderliche Bevölkerungs-Teilzahl besitzen. Die Bruchzahl kommt dem Bezirke zu gute. Ist jedoch die Bruchzahl des unabhängigen Kreises größer als diejenige des Bezirkes, so wird der Abgeordnete, zu dessen Wahl diese Bruchzahlen berechnen, auf den gesamten Bezirk gewählt.

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 70. — Der Große Rat, der Staatsrat, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind auf vier Jahre gewählt.</p>	<p>Art. 84. — Der Große Rat, der Staatsrat, die Gerichtsbeamten, die Gemeinderäte und die Burgerräte sind für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.</p>
<p>Der Präsident und der Vizepräsident des Staatsrates sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.</p>	<p>Zweiter Absatz beibehalten.</p>
<p>Art. 71. — Die Gerichtsbeamten werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt.</p>	<p>Fällt weg.</p>
<p>Art. 72. — Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Großen Rates findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.</p>	<p>Art. 85. — Beibehalten.</p>
<p>Den Rang der Ersatzmänner bestimmt die Reihenfolge ihrer Erwählung, wenn diese in mehreren Wahlgängen stattgefunden; zwischen den im nämlichen Wahlgang Gewählten, die Anzahl der erhaltenen Stimmen.</p>	
<p>Der neugewählte Große Rat tritt mit der Eröffnung der auf seine Wahl folgenden Maisession in Amtstätigkeit.</p>	
<p>Art. 73. — Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre, am zweiten Sonntag Dezember statt.</p>	<p>Art. 86. — Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre am zweiten Sonntag Dezember statt. In der Regel werden dieselben mit der absoluten Mehrheit und mittelst Listen-Skrutinium vorgenommen. Durch das Wahlgesetz wird jedoch die fakultative Einführung der Minderheits-Vertretung mittelst der limitierten oder der Verhältniswahl (proportionales Wahlverfahren) den Gemeinden zugesichert.</p> <p>Die Form der dahierigen Gesuchstellung und die Wahlart werden durch das Gesetz bestimmt.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Die Gemeindepräsidenten sind alle zwei Jahre einer Wiederwahl unterworfen.</p>	<p>Zweiter Absatz wegzulassen.</p>
<p>Die Gemeindebehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.</p>	<p>Dritter und vierter Absatz beibehalten.</p>
<p>Im Fall von Einsprachen entscheidet der Staatsrat, welche Behörden bis zum Eintreten des Urteils zu funktionieren haben.</p>	
<p>Art. 74. — Mit Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres kann der Bürger seine politischen Rechte ausüben.</p>	<p>Art. 87. — Beibehalten.</p>
<p>Jeder Stimmfähige ist zu den öffentlichen Aemtern wählbar.</p>	
<p>Art. 75. — Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.</p>	<p>Art. 88. — Beibehalten.</p>
<p>Art. 76. — Die geistlichen und die bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar.</p>	<p>Art. 89. — Beibehalten.</p>
<p>Art. 77. — Es können nicht zu gleicher Zeit im Staatsrate sitzen:</p>	<p>Art. 90. — Beibehalten mit Ausnahme von Absatz 4 und 5.</p>
<ol style="list-style-type: none"> 1. Vater und Sohn; 2. Schwiegervater und Schwiegersohn; 3. Brüder und Stiefbrüder; 4. Schwäger; 5. Oheim und Nefte. 	<ol style="list-style-type: none"> 4. Schwäger durch direkte Ver- schwägerung; 5. Oheim und Nefte durch Bluts- verwandschaft. <p>Beibehalten</p>
<p>Die Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Bürgerräte anwendbar, so wie auch auf die Gerichte und Gerichtsschreiber.</p>	
<p>Art. 78. — Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht</p>	<p>Art. 91. — Beibehalten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>sind durch die Kantons- und die Bundesgesetzgebung bestimmt.</p> <p>Art. 79. — Der Regierungstatthalter darf keine Gerichtsbeamtenstelle bekleiden.</p> <p>Art. 80. — Die nämliche Person kann nicht zwei Aemter aus dem richterlichen oder dem Verwaltungsgebiete, deren eines dem andern über- oder untergeordnet ist, auf sich vereinigen.</p> <p>Art. 81. — Niemand kann zugleich Gemeindepräsident und Friedensrichter sein.</p> <p>Art. 82. — Niemand darf zu gleicher Zeit in der nämlichen Gemeinde Mitglied des Gemeinde- und des Bürgerrates sein.</p> <p>Art. 83. — Kein patentierter Advokat darf Mitglied eines Gerichtes sein, noch vor dem Gerichte, bei dem er als Schreiber angestellt ist, einen Handel führen.</p> <p>Art. 84. — Niemand darf mehrere vom Staate bezahlte Beamtungen oder Stellen, deren Gehalte zusammen mehr als 2000 Franken betragen, auf sich vereinigen.</p> <p>Art. 85. — Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeitsfälle.</p>	<p>Art. 92. — Beibehalten.</p> <p>Art. 93. — Beibehalten mit Weglassung der Wörter „über- oder“.</p> <p>Art. 94. — Niemand kann zugleich Präsident und Richter derselben Gemeinde sein.</p> <p>Art. 95. — Beibehalten.</p> <p>Art. 96. — Beibehalten, aber nach dem Worte „Gerichte“ sagen: „bei dem er das Schreibamt versieht“.</p> <p>Fällt weg.</p> <p>Art. 97. — Das Gesetz kann andere Unverträglichkeitsfälle bestimmen, sowie die Kumulation (Häufung) gewisser Beamtungen verbieten.</p> <p>Art. 98. — Die in der gegenwärtigen Verfassung vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle sind auf die Substituten oder Ersatzmänner der betreffenden Beamten nicht anwendbar.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p style="text-align: center;">VII. Titel</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus</p> <p>Art. 86. — Die Vollziehungsge- walt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der Inkrafttretung derselben, wenn anders ihn nicht der Große Rat selbst festsetzt.</p> <p>Art. 87. — Die vorliegende Ver- fassung muß revidiert werden, wenn es die Mehrheit der stimmfähigen Bürger begehrt.</p> <p>Ein von sechstaufend Bürgern ge- stelltes Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet.</p> <p>Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder teilweise (Partial-) sein, und durch den Großen Rat oder durch den Ver- fassungsrat vorgenommen werden solle.</p> <p>Jedes Revisionsbegehren wird an den Großen Rat gerichtet. Die Unter- schriften dafür werden gemeindeweise abgegeben und die Wahlfähigkeit der Bürger, welche sie beigesetzt, muß durch die Gemeindebehörden bescheinigt werden.</p>	<p style="text-align: center;">VIII. Titel</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus</p> <p>Art. 99. — Beibehalten.</p> <p>Art. 100. — Das Volk kann auf dem Wege der Anregung (Initiative) eine Total- (vollständige) oder Partial- (teilweise) Revision der gegenwärtigen Verfassung verlangen.</p> <p>Das Initiativbegehren kann in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes gestellt werden.</p> <p>Im einen wie im andern Falle muß das Begehren durch die Unterschrift von sechstaufend Aktiobürgern unterstützt werden.</p> <p>Art. 101. — Wird das Begehren in Form der allgemeinen Anregung gestellt, so ist dasselbe dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Der Große Rat kann, wenn er es für zweckmäßig er- achtet, dasselbe mit einer Vormeinung begleiten.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut**Wortlaut des Entwurfes**

Die Urversammlungen entscheiden im bejahenden Falle zugleich darüber, ob die Revision eine totale (vollständige) oder partielle (teilweise) sein solle und ob sie durch den Großen Rat oder durch einen Verfassungsrat vorzunehmen sei.

Wird das Begehren in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes gestellt, so berät der Große Rat darüber in zwei ordentlichen Sessionen. Stimmt er dem Entwurfe zu, so wird derselbe in der vorliegenden Verfassung dem Volke zur Abstimmung unterbreitet. Im Falle der Nichtzustimmung kann der Große Rat die Verwerfung des Vorschlages beantragen oder diesem einen eigenen Entwurf gegenüberstellen.

Der Gegenentwurf oder der Verwerfungsantrag ist gleichzeitig mit dem Initiativbegehren zur Abstimmung vorzulegen.

Art. 102. — Erfolgt die Revision durch den Großen Rat, so wird dieselbe in zwei ordentlichen Sessionen beraten.

Findet dieselbe durch einen Verfassungsrat statt, so wird sie in zwei Lesungen beraten.

Die Verfassungsratswahlen erfolgen auf der gleichen Grundlage wie die Wahl der Abgeordneten auf den Großen Rat. Auf dieselben ist keiner der für die Letzteren vorgesehenen Unverträglichkeitsfälle anwendbar.

Art. 88. — Auch der Große Rat kann die Verfassung revidieren, gemäß der für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen, nachdem er in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmäßigkeit der Revision ausgesprochen.

Art. 103. — Beibehalten.

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Art. 89. — Die revidierte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt.</p> <p>Art. 90. — Das Gesetz über die Organisation der Gerichte, das Wahlgesetz und das im Art. 13 der vorliegenden Verfassung vorgesehene Dekret müssen am 1. Dezember 1876 in Kraft gesetzt sein; das im Art. 57 vorgesehene Gesetz mit dem 1. Jänner 1878.</p>	<p>Art. 104. — Beibehalten.</p> <p>Art. 105. — Bei den in Vollziehung des Art. 101 angeordneten Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger.</p> <p>Art. 106. — Jedes Revisionsbegehren wird an den Großen Rat gerichtet.</p> <p>Die das Begehren unterstützenden Unterschriften werden gemeindeweise abgegeben und die Stimmberechtigung der Unterzeichner muß durch den Gemeindepräsidenten bescheinigt werden. Dieser hat sich auch von der Richtigkeit der ihm verdächtig scheinenden Unterschriften zu versichern.</p> <p>Fällt weg.</p>
<p>VIII. Titel</p> <p>Uebergangsbestimmungen</p> <p>Art. 91. — Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.</p> <p>Die Dauer der Gerichtsbeamtungen ist für die erste Periode ausnahmsweise auf zwei Jahre festgesetzt.</p>	<p>IX. Titel</p> <p>Uebergangsbestimmungen</p> <p>Art. 107. — Erster Absatz beibehalten.</p> <p>Zweiter Absatz fällt weg.</p>

Gegenwärtiger Wortlaut	Wortlaut des Entwurfes
<p>Gegeben im Großen Räte in Sitten, den 26. November 1875.</p> <p>Der Präsident des Großen Rates: V. v. Chastanay.</p> <p>Die Schriftführer: L. L. Ruten. — J. Chover.</p>	<p>Die Bestimmung, betreffend Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten ist erst von der nächsten Volkszählung an anwendbar.</p> <p>Das neue Wahlgesetz soll spätestens mit dem 1. Januar 1908 in Kraft treten.</p> <p>So entworfen im Staatsrate zu Sitten, den 4. Mai 1905.</p> <p>Der Präsident des Staatsrates: de Preux.</p> <p>Der Vize-Staatskanzler: Osw. Allet</p>

